

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Z/NVI/29 - 5. Februar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:Interessante Parallelen

34

Konservative unfähig zur Lösung sozialer Probleme

Von G. Markscheffel

2 - 4

Schluss mit der Tierquälerei!

115

Wie lange soll das Elend mit unseren Pferden noch weitergehen?

Von H.G. Ritzel, MdB

4

Friedensstörer

30

Neuer Schlag gegen die Evangelische Kirche

5

Im Dienste der Menschheit

48

Grosse Sorgen erwarten den neuen Hochkommissar für Flüchtlinge

Von Bruno Kuster, Genf

6

Endlich?

30

Die Innenminister der Bundesländer und der 20. Juli

\* \* \* \*

### Interessante Parallelen

#### Konservative unfähig zur Lösung sozialer Probleme

G.H. - Eine sehr interessante Parallele drängt sich in diesen Tagen auf. In der Bundesrepublik ist es der CDU trotz jahrelanger Ein-Parteien-herrschaft, trotz guter Konjunktur, bewunderungswürdiger Leistungen unserer arbeitenden Menschen und phantastischer Gewinne in der Privatindustrie nicht gelungen, eine moderne Kranken- und Sozialversicherung unter Dach und Fach zu bringen. Der Lebensabend unserer arbeitenden Menschen ist unzulänglich gesichert und viele andere soziale Probleme harren ihrer Lösung.

In England zeigt sich jetzt das gleiche Bild. Seit fast neun Jahren regieren dort die Konservativen. Die Wirtschaftskonjunktur ist relativ gut. Auch hier sind die Gewinne in der Privatindustrie erstaunlich hoch, wenn auch nicht so hoch, wie in der Bundesrepublik. Die Sozial- und Gesundheitspolitik der früheren Labour-Regierung aber wird a b g e b a u t. Gerade in dieser Woche verlangte die konservative Regierung die Erhöhung der Beiträge für den nationalen Gesundheitsdienst. Der englische Bürger soll in Kürze - wenn die Konservativen bei ihrem Projekt bleiben - eine fast hundertprozentige Erhöhung der allgemeinen Beiträge hinnehmen. Er soll - um nur ein Beispiel zu nennen - statt wie bisher 60 Pf. für jede ärztlich verordnete Medizin nunmehr 1,20 DM zahlen. - Natürlich wehrt sich die Labour-Party gegen diese Aushöhlung ihrer grandiosen Sozial- und Gesundheitspolitik, die nach dem Kriege unter grosser Zustimmung des englischen Volkes eingeleitet wurde.

#### Blick auf Skandinavien

Ein Blick auf die von Sozialdemokraten regierten Länder in Skandinavien zeigt das Gegenteil. Dort werden die sozialen Leistungen nicht ab-, sondern aufgebaut. In Norwegen, Dänemark und Schweden wird der wachsende Wohlstand, werden die Gemeinschaftsleistungen der Nation auf das Konto der Allgemeinheit gebucht. Kranken- und Sozialversicherung, Sicherung des Lebensstandes für den arbeitenden Menschen - das alles wird in den sozialdemokratisch regierten Ländern Skandinaviens seit Jahren in dem gleichen Rhythmus verbessert, in dem sich der wirtschaftliche Aufstieg vollzieht.

Zufällig - Keineswegs! Was sich in Skandinavien ereignet, ist der Aus-  
schlag sozialdemokratischer Regierungsvorstellungen. Was in der Bundesre-  
publik und zur Zeit in England geschieht, ist das Ergebnis konservativer  
Unfähigkeit, mit den Problemen der Gegenwart fertig zu werden.

### Schluss mit der Tierquälerei!

Wie lange soll das Elend mit unseren Pferden noch weiter gehen?

Von H.G. Ritzel, MdB

Die bayerische Regierung hat dem Bundesernährungsminister, der unverständlicherweise statt des Innenministers für Fragen des Tier-schutzes zuständig ist, Material vorgelegt, wonach die nach Italien transportierten deutschen Schlachtpferde mit dem Hammer totgeschlagen werden. Kenner der Verhältnisse überrascht diese durch Zeugenaussagen und Fotos erhärtete Feststellung nicht. Im Bundesernährungsministerium wird dagegen die Überraschung grösser sein, denn die Gefälligkeitsbe-scheinigung des aus Bundesmitteln unterstützten Deutschen Tierschutz-bundes, dass alles in Ordnung sei, wird damit gründlich entwertet.

#### Tatsachen

Aus dem Gebiet der Bundesrepublik wurden im Jahre 1960 wiederum 40 876 Pferde in das Ausland exportiert. Es wurde ein Devisenerlös von rd. 32,5 Millionen DM dafür erzielt. Der Riesanteil des Exportes ging nach Frankreich. Dieses Land übernahm 29 511 zum Schlachten bestimmte Pferde, Italien übernahm 3 784 Schlachtpferde, Belgien 1 684, die Schweiz 1 338 und die Niederlande 3 759 Schlachtpferde. Der Devisenerlös von 32,5 Millionen DM ist angesichts des noch immer sehr grossen Devisen-polsters der Deutschen Bundesbank in keiner Weise von wirklicher Be-deutung. Wieviel Elend und Qual hätten vermieden werden können, wenn beispielsweise die 3 784 Pferde, die nach Italien gingen, nicht dort-hin ausgeliefert worden wären. Dann wäre die Bundesrepublik um 2,6 Mil-lionen DM an Devisen ärmer, was zur Sicherung unserer Währung besten-falls mit einem Wassertropfen auf einen glühenden Stein zu vergleichen ist. Frankreich, das entgegen aller Behauptungen kein Einfuhrverbot für Pferdefleisch kennt, hätte, wenn es keine lebenden Pferde erhielt, auch Pferdefleisch von Pferden genommen, die auf humane Weise in deutschen Schlachthöfen zu töten gewesen wären.

#### Es bleibt bei der Schinderei

Aber die Qual geht weiter. Der Bundesernährungsminister hat in der Fragestunde vom 25. Januar die Auffassung vertreten, dass die An-wendung eines Begleiterzwangs, der Anbindezwang und die Beschränkung der Zahl der zu verladenden Pferde je Waggon auch nach Auffassung des Deutschen Tierschutzbundes genügen würden, um den Mängeln abzuwehren. Diese Auffassung ist grundfalsch. Sie geht an der Tatsache vorbei, dass, wenn selbst derartige Verbesserungen beim innerdeutschen Transport mit Sicherheit durchgeführt werden würden, sofort mit dem Überschreiten der Grenze beim Weitertransport der Schlachtpferde keinerlei Garantie mehr für eine humane Behandlung der Pferde gegeben sein würde und erst recht keine Garantie bestünde für die Unterlassung so grausamer Schlachtme-toden, wie sie jetzt von der bayerischen Regierung bestätigt worden sind.

#### Bundestag hat das Wort

Das Problem kann nur durch eine generelle Massnahme gelöst werden, die den deutschen Schlachtpferden jenes fürchterliche Schicksal erspart, das ihnen immer und immer wieder droht und nicht nur droht, sondern das sie erleiden. Es ist eine Schande für diejenigen, die dieses Schicksal wenden könnten, wenn sie versagen. Es ist endlich an der Zeit, dass der Deutsche Bundestag seine Pflicht tut. Der von mir und weiteren 15 Ab-geordneten am 12. Januar gestellte Antrag, der ein Ausfuhrverbot von

Schlachtpferden verlangt und die Ausfuhr von Reit- und Rennpferden zu-  
lässt, wurde vom Aussenhandelsausschuss des Deutschen Bundestages mit  
Mehrheit abgelehnt. Der Ausschuss für Inneres stimmte dem Antrag ein-  
stimmig zu, verlangte aber - wogegen nichts einzuwenden ist - die Aus-  
nahme auch für Zuchtstuten und Zuchtstuten.

Der Ernährungsausschuss, der in dieser Sache federführend ist, hat  
noch nicht endgültig Stellung genommen. Der Rechtsausschuss, der sich  
nur zu den Strafbestimmungen äussert, will erst Stellung nehmen, wenn  
der federführende Ausschuss Stellung genommen hat. Ich habe als Strafe  
für die nach meiner Auffassung zu verbietende Ausfuhr von Schlacht-  
pferden eine Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten und Geldstrafe oder eine  
dieser Strafen beantragt.

#### Gutachten

Der Bundesernährungsminister liess von dem Präsidenten des Bundes-  
gesundheitsamtes Berlin ein Gutachten über den Frischluftverbrauch beim  
Transport von Schlachtpferden erstatten. Dieses Gutachten datiert vom  
25. September 1960, es wurde erst jetzt dem Ausschuss für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten zugeleitet. Der Präsident des Bundesgesund-  
heitsamtes kommt darin zu dem Ergebnis, dass bei 6 bis 8 Lüftungsöffnungen  
in einem Waggon und beim Vorhandensein von zwei grossen Türen und bei  
einer Beschickung mit 16 bis 18 Pferden bei längerem Stehen unter un-  
günstigen Witterungsbedingungen (Sonne, Windstille, hohe Lufttemperatur  
und Luftfeuchte) eine für die Tiere sehr belastende Belüftungssituation ein-  
treten kann. Während der Fahrt bei windigem, kaltem Wetter dürfte bei  
voller Belüftung Zugluft entstehen, die für die Tiere unerträglich sei.  
Daher sei die Einschaltung von Begleitpersonen unumgänglich, die für  
den Zustand des Transports verantwortlich gemacht werden können.

Der Direktor der Tierärztlichen Hochschule Hannover, Prof. Dr.  
Schulze, erstattete am 1. Dezember 1960 ein Gutachten, in dem er sich  
für das Anbinden der Pferde, für den Begleiterzwang und für angemessene  
Tränk- und Futterzeiten einsetzt. Aber alle diese Vorschläge können nur  
innerhalb der Bundesrepublik eine Linderung bestehender schauerhafter  
Lustände bringen, an den Grenzen werden alle Verbesserungen und was dann  
kommt, kann vom Gesetzgeber nicht verantwortet werden.

#### Der Irrtum des Bundesernährungsministers

In der öffentlichen Diskussion spielt auch die Frage der sogenannten  
Durchfuhrpferde eine Rolle. Die Sowjetzone liess allein im Jahre 1960  
12.000 Pferde schlachten. Die Hauptmasse dieser sogenannten Durchfuhr-  
pferde ging über die Bahn der Bundesrepublik ins Ausland. Abgesehen da-  
von, dass heute der sowjetzonalen Landwirtschaft diese Pferde bitter  
fehlen, wird in Bezug auf diese Transporte wie auch in Bezug auf Trans-  
porte aus anderen europäischen Ländern von dem Bundesernährungsminister  
erklärt, dass ein Verbot der Durchfuhr auf Grund der zwischen 25 europäi-  
schen Staaten, zu denen auch die Bundesrepublik gehört, abgeschlossenen  
internationalen Übereinkommen nur durch zeitraubende Verhandlungen her-  
beigeführt werden könnte. Der Bundesernährungsminister irrt. Selbst in  
dem Gutachten des Direktors der Tierärztlichen Hochschule Hannover vom  
1. Dezember 1960 wird darauf hingewiesen, dass nach der Eisenbahnver-  
kehrsordnung von 1958 sogenannte Durchfuhrpferde stets einen Begleiter  
haben müssen und dass Anträge auf Befreiung von der Begleitung abzu-  
lehnen seien. Allein die Bestimmung in § 2 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes  
würde den verantwortlichen Behörden ausreichen, um die Durchfuhr von

Pferden von Gebieten ausserhalb der Bundesrepublik zu verbieten, wenn sie unter so erbärmlichen Umständen erfolgt, wie es der Fall ist.

"Nur noch" 80 000 Schlachtpferde ...

Sachverständige rechnen, dass aus der Bundesrepublik noch etwa 80 000 zum Schlachten ins Ausland bestimmte Pferde ausgeführt werden können. Da jährlich rund 40 000 Pferde ausgeführt werden, würden sich die Quoten für 80 000 Pferde somit noch bis Ende 1962 erstrecken, um dann langsam zu sinken, da "nur noch" entsprechend weniger Pferde dem erbärmlichen Todesweg erleiden müssten.

Wir sind auf dem Wege dazu, die deutsche Landwirtschaft und die deutsche Wirtschaft überhaupt von Pferden mehr und mehr zu entblößen. Soeben wurde aus Bayern gemeldet, dass man zum Transport eines Leichenwagens in einem Ort keine Pferde mehr auftreiben konnte. Unsere Enkelkinder werden Pferde vielleicht nur noch im Zoologischen Garten bestaunen können. Der Mensch ist wahrhaft ein dankbares Geschöpf!

+ - +

#### Friedensstörer

sp - Das Regime von Pankow kann von Provokationen nicht Abstand nehmen. Es bedient sich ihrer zur Demonstration der eigenen, nicht vom Volke verliehenen Macht. Wieder ist es neben der zum Hauptfeind erklärten Sozialdemokratie die Evangelische Kirche Deutschlands, der der letzte Schlag gilt. Die Herren von Pankow verfügten nun nach dem Verbot der Abhaltung des Evangelischen Kirchentages in Ostberlin eine neue Provokation, indem sie der Synode der Evangelischen Kirche nicht erlaubten, ihre für den 20. Februar vorgesehene Tagung in Ostberlin abzuhalten. Wiederum müssen fadenscheinige und heuchlerische Begründungen herhalten, wiederum wird die Evangelische Kirche Deutschlands KADU-Zugehörigkeit vorgeworfen, und dies von Vertretern eines Regimes, die ihren Auftrag von fremdem Willen ableiten.

Den Pankower Herren ist die gegenwärtig zu verzeichnende weltpolitische Windstille offenbar höchst unwillkommen; sie wollen, wo es nur irgendwie angeht, das innerdeutsche Feuer schüren. Anders ist ihr Vorgehen gegen die Evangelische Kirche nicht zu erklären. Diese bleibt eine der letzten gesamtdeutschen Klammern, die zu zerstören bleibt das langfristige Ziel der Pankower Spalter. Da sie das ganze Deutsche Volk nicht für sich gewinnen können - solche Hoffnungen mussten sie schon vor langer Zeit begraben - legen sie es auf die innere Aushöhlung des Zusammenhaltes der deutschen Nation an. Dies geschieht gelegentlich mit Nadelstichen, zuseilen aber auch mit Keulenschlägen. Die Evangelische Kirche hat solche Anschläge Dank ihrer inneren Festigkeit widerstanden; sie erweist sich als eine unzerstörbare, im Glauben begründete Kraft. Dennoch ist die letzte Provokation der Pankower Machthaber nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, sie zeigt wieder einmal, wie beherrlich ihr Bestreben ist, den Graben zwischen beiden Teilen Deutschlands zu vertiefen und die Zonengrenze zur Staatsgrenze werden zu lassen. Bei der Verfolgung dieses Zieles sind sie von keinerlei Skrupel geplagt.

+ + +

## Im Dienste der Menschlichkeit

Von Bruno Kuster, Genf

Der Nachfolger von Dr. A.R. Lindt im Amte des Hochkommissars der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge, Felix Sch n y d e r, vertrat während der letzten drei Jahre die Schweiz als offizieller Beobachter beim Sitze der Vereinten Nationen in New York und präsidierte letztes Jahr das UN-Kinderhilfswerk, sodass er mit der Atmosphäre und dem Mechanismus des UNO-Apparates wohlvertraut ist.

### Unpolitisch - politisch

Sein Einblick in die Tätigkeit der UNO führte ihn zur Erkenntnis, dass diese nicht nur aus einer politischen Seite besteht, sondern auch aus einer unpolitisch-praktischen. Und gerade diese Seite findet leider in der Öffentlichkeit recht geringes Interesse, obwohl auf diesem Gebiete bedeutende Werke vollbracht werden können, wodurch die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Staaten gefördert wird. Damit gewinnt auch diese unpolitische Tätigkeit einen durchaus politischen Aspekt, der keineswegs unterschätzt werden darf.

### Keine falschen Hoffnungen!

Die Aufgaben, vor die sich Felix Schnyder gestellt sieht, wurden in mancher Beziehung dank der moralischen und materiellen Ergebnisse des Weltflüchtlingsjahres einer Lösung nähergebracht, aber so lange auf unserer Welt soviel politische Unordnung herrscht, ist ein Ende der Flüchtlingsnot nicht abzusehen. Und somit wächst die Sorgenlast des Hochkommissars mindestens gleich schnell, wie sie in unablässigen Bemühungen abgebaut werden kann.

Um keine falschen Hoffnungen aufkommen zu lassen, sei darauf hingewiesen, dass das UNO-Hochkommissariat und das UN-Hilfswerk für die Palästinaflüchtlinge von Gesamtergebnis des Weltflüchtlingsjahres, das sich im gegenwärtigen Zeitpunkt auf 88 Millionen Dollars belaufen dürfte, nur 15 Millionen erhalten haben. Die Mittel reichen aber zur Räumung der europäischen Flüchtlingslager, in denen gegenwärtig noch 15 000 Menschen hausen, aus.

### 200 000 Algerien-Flüchtlinge

Auf der anderen Seite bereiten aber die etwa 200 000 algerischen Flüchtlinge, deren Leben weitgehend von ausländischer Hilfe abhängt, wachsende Sorgen, hat doch die Liga der Rotkreuzgesellschaften, die zusammen mit dem Hochkommissariat mit der Durchführung der Hilfsmaßnahmen betraut ist, ihre Absicht bekanntgegeben, sich von dieser Arbeit zurückzuziehen, da sie ihre materiellen und menschlichen Kräfte für zeitlich befristete Notstände verfügbar halten muss. Sollte der Algerienkrieg nicht bald zu Ende gehen, wird sich das Hochkommissariat vor eine ausserordentlich schwierige Aufgabe gestellt sehen.

### Noch 60 000 Europa-Flüchtlinge in Baracken

Aber auch in Europa - abgesehen von den europäischen und chinesischen Flüchtlingen in Hongkong - gibt es noch etwa 60 000 Flüchtlinge, die ausserhalb von Lagern in Kellern, auf Dachböden und in Bretterbuden hausen und auf Hilfe angewiesen sind. Hier ist weniger materieller Beistand vorzuziehen, als soziale und berufliche Beratung. Hält die gute Wirtschaftslage vor allem in Westdeutschland an, besteht Aussicht, die "Integration" dieser Gruppe bis in etwa zwei Jahren abschliessen zu können.

Endlich ?

Es gibt wenige Tage in der jüngeren Geschichte Deutschlands, die geeignet sind, zum Nationalfeiertag proklamiert zu werden, wie der 20. Juli 1944. Damals haben mutige Frauen und Männer aus allen Schichten unseres Volkes den heroischen Versuch unternommen, die totale Vernichtung Deutschlands durch den Sturz Hitlers zu verhindern. Sie wollten dem deutschen Volk das schreckliche Chaos des Zusammenbruchs ersparen und die Grundlagen für den Aufbau eines friedlichen und demokratischen Deutschland legen, das wieder zu sich selbst finden sollte. Der Versuch ist missglückt, die führenden Männer des Aufstandes wurden grausam hingerichtet. Was damals das deutsche Volk an geistiger und sittlicher Potenz verlor, fehlt uns heute.

Das Andenken dieser Männer gilt es als leuchtendes Vorbild eines vollverstandenen deutschen Patriotismus hochzukalten. Dass dies noch nicht Allgemeingut unseres Volkes geworden ist, gereicht uns nicht zur Ehre. Einige Bundesländer haben in den vergangenen Jahren den 20. Juli in würdiger Form durch Flaggenhissung begangen. Kein Geringerer als der frühere Bundespräsident Prof. Dr. H e u s s verkündete das Hohen Lied der mutigen Tat. Auch der frühere Generalinspekteur der jungen deutschen Bundeswehr, General H e u s i n g e r , zollte in einem Tagesbefehl seinen Tribut den Männern des 20. Juli. Unerfindlich bleibt, warum die Bundesregierung bis heute diesen Ehrentag der deutschen Nation nicht zu einem Nationalfeiertag erhob. Die Ausrede, es gebe schon zu viele Feiertage, dürfte wohl mehr als fadenscheinig sein. Andere Nationen wissen ihre verdienten Söhne besser zu ehren.

Jetzt sind die Innenminister der Bundesländer und der Bundesinnenminister in Hamburg zusammengekommen, um u.a. auch darüber zu beraten, ob am 20. Juli nicht alle öffentlichen Gebäude in der Bundesrepublik beflaggt werden sollten. Es ist zu hoffen, dass sich jetzt endlich bei allen Innenministern die Bereitschaft zeigt, das zu tun, was bisher verabsäumt wurde. Die junge Generation, die nach Vorbildern strebt, würde dankbar dafür sein.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel